

PRESSEMITTEILUNG

Schon über 10.000 Einsprüche gegen die Pläne der EU-Kommission zur Deregulierung des Agro-Gentechnikrechts

Die Europäische Kommission plant, das EU-Gentechnikrecht zu lockern. Gentechnikpflanzen, die mit Hilfe sogenannter "neuartiger genetischer Techniken" wie CRISPR/Cas erzeugt wurden, könnten dann ohne Gentechnik-Prüfung und -Kennzeichnung auf die Felder und Teller gelangen. Seit Anfang Oktober haben bereits tausende Bürger*innen gegen dieses Vorhaben Einspruch erhoben.

Berlin, 12.10.2021 | Im Juli 2018 hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass auch Pflanzen, die mit neuen Gentechnikverfahren wie CRISPR/Cas erzeugt wurden, dem geltenden EU-Gentechnikrecht unterliegen. Doch dies könnte sich bald ändern. Im vergangenen April legte die EU-Kommission einen Bericht vor, in dem sie deutlich macht, dass sie die EU-Gesetzgebung – ganz im Sinne der Agrarindustrie – deregulieren will, um "Innovation im Agrar- und Lebensmittelsystem zu ermöglichen".

Gegen die Aufweichung des Gentechnikrechts hatte sich zuvor bereits ein <u>Bündnis aus 94</u> <u>zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verbänden</u> ausgesprochen. Auch die Grünen, die SPD und die Linke befürworten die strikte Regulierung Neuer Gentechnik. Ebenso wie die großen Discounter und Bioketten, die gemeinsam verhindern wollen, "dass den Verbrauchern Gentechnik-Produkte untergejubelt werden, ohne dass sie diese erkennen können", so <u>Heike Moldenhauer vom gentechnikkritischen Wirtschaftsverband ENGA</u>. Denn würden CRISPR/Cas-Pflanzen vom EU-Gentechnikrecht ausgenommen, wäre niemand mehr in der Lage, gentechnisch veränderte Lebensmittel zu erkennen und sich für eine gentechnikfreie Produktion und Ernährung zu entscheiden.

Gentechnik-Deregulierung stößt auf breite Ablehnung in der Bevölkerung

In einem ersten Schritt hat die Kommission die EU-Bürger*innen gebeten, sich zu ihren Plänen zu äußern. Obwohl die Möglichkeit der Beteiligung am Konsultationsprozess von der Kommission kaum öffentlich kommuniziert wurde, haben innerhalb von nur zwei Wochen tausende Bürger*innen der Kommission ihre Meinung gesagt. Dies ist insofern nicht überraschend, weil sich allein in Deutschland eine überwältigende Mehrheit von <u>81 Prozent der Bürger*innen</u> für ein Verbot von Agro-Gentechnik ausspricht. Erst vor kurzem hatte sich auch das <u>EU-Parlament gegen weitere Importzulassungen von Gentechnik-Pflanzen</u> ausgesprochen.

Auch viele Wissenschaftler*innen warnen davor, die Risiken der Genschere CRISPR/Cas kleinzureden. Expert*innen verschiedener Umweltbehörden aus Deutschland, Italien, Österreich, Polen und der Schweiz <u>plädierten erst im Mai dafür</u>, ausnahmslos alle Pflanzen aus Neuer Gentechnik einer verpflichtenden Risikoprüfung zu unterziehen.



Bürgerbefragung der EU-Kommission läuft noch bis zum 22. Oktober

Um den Menschen den Einspruch zu erleichtern, hat die Aurelia Stiftung gemeinsam mit anderen gentechnikkritischen NGOs in ganz Europa <u>ein Online-Formular eingerichtet</u>, mit dessen Hilfe die Bürger*innen ihre Einwände zur geplanten Deregulierung Neuer Gentechnik schnell und unkompliziert bei der Kommission einschicken können.

Einwände sind noch bis zum 22. Oktober 2021 möglich.

Das Antwort-Formular an die EU-Kommission sowie weitere Informationen zur Gentechnik und zu deren Risiken für Mensch, Biene und Ökosystem finden sich auf der Website <u>www.bienegentechnik.de/einspruch-erheben</u>.

Auf der Website <u>www.biene-gentechnik.de</u> kann ergänzend ein Appell an die zukünftige Bundesregierung unterzeichnet werden, die Deregulierung der Neuen Gentechnik und die gentechnische Bearbeitung der Honigbiene zu stoppen.

Pressekontakt:

Bernd Rodekohr (Kampagnenleitung "Schützt die Biene vor Gentechnik!"):

E-Mail: bernd.rodekohr@aurelia-stiftung.de • Mobil: +49 (0)175 481 63 32